

BL

BERICHT AUS DEM LANDTAG

NOVEMBER 2021

2 Handlungsfähige Kommunalpolitik
Modernisiertes
Kommunalverfassungsgesetz

3 Frischer Wind
Colette Thiemann und Tatjana Maier-Keil
sind neue Mitglieder der Landtagsfraktion

6 Kinderschutz! Wir schauen hin
Wir ziehen an einem Strang
gegen Missbrauch und Misshandlung



WIR SCHAUEN HIN
KINDERSCHUTZ!

EDITORIAL



Das Ergebnis der Bundestagswahl ist für die CDU nicht zufriedenstellend. Im Bund beraten andere Parteien über eine Regierungskoalition. Der CDU wird voraussichtlich die Aufgabe der Opposition zufallen.

Für Niedersachsen ist es nun entscheidend, dass die Interessen unseres Landes bei den Entscheidungen im Bund gewahrt werden. Niedersachsen ist Küstenland und Hafenstandort, Automobil und Industrieland, Agrarland Nummer eins und europäisches Transitland, das Land der Heide, der Moore und der großen Vielfalt. Niedersachsen hat in vielen Bereichen originäre Interessen, die bei den Verhandlungen im Bund gewahrt werden müssen.

Es steht zu hoffen, dass sich alle Vertreter der Landesregierung dieser besonderen Verantwortung bewusst sind. Die Interessen unseres Landes dürfen unter keinen Umständen hinter dem Wunsch zurückstehen, um jeden Preis eine Einigung zu erzielen. Es ist die Aufgabe des Landtages, hier wachsam zu sein! Als CDU Fraktion sind wir bereit, uns dieser Herausforderung zu stellen.

Jens Nacke
Parlamentarischer
Geschäftsführer

HANDLUNGSFÄHIGKEIT DER NIEDERSÄCHSISCHEN KOMMUNEN GESICHERT

Modernisiertes Kommunalverfassungsgesetz

Im Oktober hat der Niedersächsische Landtag die Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes beschlossen. „Mit der Änderung haben wir Änderungsbedarf aufgegriffen, der sich aus der kommunalen Praxis ergeben hat. So schaffen die neuen Regelungen Rechtssicherheit im Bereich der Stellung der Gleichstellungsbeauftragten und bei der Verkündung von Rechtsvorschriften, die zukünftig auch digital erfolgen können. Die Änderungen sind insgesamt erforderlich, um das Kommunalverfassungsrecht auf den neuesten Stand zu bringen“, erläutert der kommunalpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Bernd-Carsten Hiebing.



MEHR TRANSPARENZ

Schwerpunkte sind dabei mehr Transparenz bei der Einleitung eines Bürgerbegehrens, indem den Antragstellern der verantwortungsvolle Gebrauch der Entscheidungsbefugnis im Hinblick auf den kommunalen Haushalt vor Augen geführt wird. „Daneben entlasten wir zukünftig die Verwaltung durch die Umstellung des Sitzverteilungsverfahrens in den Ausschüssen zu D'Hondt und sichern die der Funktions- und Arbeitsfähigkeit kommunaler Organe“, so der CDU-Abgeordnete.

Und schließlich ermöglicht die Gesetzesänderung nun auch eine bessere Vereinbarkeit von Mandat und Beruf ohne berufliche Nachteile, damit eine erfolgreiche und zielorientierte Arbeit in den kommunalen

Vertretungskörperschaften geleistet werden kann.

Die kommunalen Mandatsträger erhalten ein Benachteiligungsverbot analog der Freiwilligen Feuerwehr und den ehrenamtlichen Richtern.

FUNKTIONSFÄHIGKEIT DER KOMMUNAL- VERWALTUNG GESICHERT

„Wir lassen unsere Kommunen nicht im Stich! Wir schaffen und verbessern mit der Gesetzesänderung die Rahmenbedingungen für die Funktionsfähigkeit der Kommunalverwaltung“, erklärt Hiebing abschließend.“

NACHGERÜCKT IM LANDTAG

Frischer Wind in der CDU-Fraktion: Colette Thiemann und Tatjana Maier-Keil



Colette Thiemann

Tatjana Maier-Keil

COLETTE THIEMANN

Die 47-jährige Colette Thiemann vertritt den Wahlkreis 37 Schaumburg. Thiemann ist Verwaltungswissenschaftlerin und war zuletzt im Niedersächsischen Wirtschaftsministerium in der Stabsstelle Bürokratieabbau tätig.

Nun nimmt sie voller Tatendrang ihr Mandat als Abgeordnete im Niedersächsischen Landtag wahr. Aufgrund ihrer jahrelangen Tätigkeit an verschiedenen Stationen der Verwaltung im Landkreis Schaumburg hat sie bereits umfassende Kenntnisse über ihren Wahlkreis gesammelt und dabei auch das Leben im Schaumburger Land kennen und lieben gelernt.

Die Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse und Interessen des ländlichen Raumes sind Thiemann hierbei ein besonderes Anliegen. Privat verbringt sie gerne Zeit mit ihrer Familie und ihren beiden Hunden sowie mit ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit im geschäftsführenden Präsidium des DRK Schaumburg.

TATJANA MAIER-KEIL

Für den Wahlkreis 84 Leer-Borkum ist die Sonderpädagogin mit Lehramtsbezug Tatjana Maier-Keil nachgerückt. Maier-Keil ist in Russland geboren und kam im Alter von sieben Jahren nach Ostfriesland, wo sie ihre neue Heimat gefunden hat.

Schon in jungen Jahren war Maier-Keil politisch aktiv und wurde in dieser Zeit von der Konrad-Adenauer-Stiftung gefördert. An der Universität in Oldenburg sammelte sie im Studierendenparlament sowie als Referentin für Studieren mit Kind und Familie im AStA politische Erfahrung. Darüber hinaus war Maier-Keil vier Jahre lang gewählte Sprecherin der Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die 33-Jährige setzt sich – nicht zuletzt aufgrund ihres beruflichen Schwerpunktes – insbesondere für das Thema Bildung ein. Dabei liegt Maier-Keil besonders die angemessene Umsetzung der Inklusion sowie die Digitalisierung an niedersächsischen Schulen am Herzen. Ihre Freizeit verbringt sie gerne mit ihrem Mann und ihrem Sohn. In ihrer Heimat im Landkreis Leer ist sie gerne in der Natur unterwegs.

AUS DEM PLENUM

Novellierung der Niedersächsischen Bauordnung, Entlastung für Pendler, Landarztquote und Corona-Pandemie

Das November-Plenum war geprägt von Gesetzesvorhaben, die die Koalitionsfraktionen auf den Weg gebracht und damit weiter ihre Handlungsfähigkeit bis zum Ende der Legislaturperiode bewiesen haben. Dabei standen die Novellierung der Niedersächsischen Bauordnung und eine Fachkräfteinitiative für Landärzte im Vordergrund. Weiterhin beschäftigte die Corona-Pandemie den Landtag und auch die steigenden Treibstoffpreise für Pendler wurden in einer aktuellen Stunde thematisiert.



Volker Meyer

„Den Mangel an Haus- und Fachärzten spüren wir in ganz Niedersachsen. Haus- und Facharztpraxen sind nicht nur im ländlichen Raum mit Schwierigkeiten bei der Praxisnachfolge konfrontiert und die Sicherung einer qualitativ hochwertigen und wohnortnahen medizinischen Versorgung müssen wir uns für ganz Niedersachsen gemeinsam stellen“, so der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Volker Meyer.

„LANDARZTQUOTE FÜR 60 STUDIENANFÄNGE IST EIN WEITERER BAUSTEIN ZUR SICHERSTELLUNG DER ÄRZTLICHEN VERSORGUNG IN DEN LÄNDLICHEN REGIONEN“

Vor dem Hintergrund, dass ca. 40% der Studierenden nach dem Studium nicht im Arztberuf aktiv werden, aber mit der Landarztquote für eine Gruppe Studierender eine privilegierte Studienzulassung geschaffen werde, sei es natürlich von entscheidender Bedeutung, dass die Studienanfänger auch die eingegangene Verpflichtung einhielten. Dies sei auch durch wirksame und durchsetzbare Sanktionen abzusichern. „Mit dem heute eingebrachten Gesetzentwurf wird das Bestreben der CDU in Niedersachsen umgesetzt, dass beim Zugang zum Medizinstudium auch die Bereitschaft zur Tätigkeit im ländlichen Raum berücksichtigt wird“, so Meyer.

Eine Impfquote von rund 85% ist der Schlüssel, um die Pandemie beherrschbar zu machen, wie uns Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen. Daher müssen wir in Deutschland jetzt alles daransetzen, diese Quote schnell zu erreichen“, so der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Jörg Hillmer. Gerade ältere Menschen hätten ein höheres Risiko auf einen schweren Coronaverlauf. Deswegen sei ein kompletter Impfschutz, inklusive der Auffrischungsimpfung, für diese Gruppe besonders wichtig: „Die Boosterimpfung ist durch Impfkommission, RKI, Bundesregierung und Landesregierung angeraten. Aber ich vermisste dabei ein strukturiertes Vorgehen: Wer lädt die Menschen zur Boosterimpfung nach wohin ein? Macht das die Bundesregierung, die Landesregierung, die Kommunen oder die Krankenkassen?“, so Hillmer. „Das könne man doch nicht dem Zufall überlassen.“

„EPIDEMIE IST NOCH NICHT BEENDET UND HAT WEITERHIN NATIONALE TRAGWEITE“

„Statt Freedom-Day oder kostenlosen Tests brauchen wir entschlossenes Handeln. Die Ampelmehrheit im Bundestag sollte endlich ihre Handlungswilligkeit unter Beweis stellen. Die Epidemie ist noch nicht beendet und hat weiterhin nationale Tragweite. Wir müssen die Kinder und Älteren besser schützen. Mit Impfen und konsequenteren 2G-Regeln!“



Jörg Hillmer

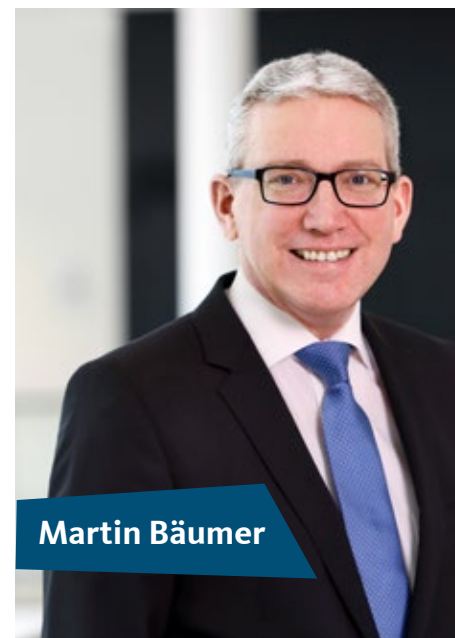


Foto: Focke Strangmann

„Mit der novellierten Niedersächsischen Bauordnung konnten wir das fünfte Gesetzgebungsverfahren im Baubereich in dieser Legislaturperiode erfolgreich beschließen. Ein weiterer guter Tag für Niedersachsen“. Damit kommen wir in vielen Bereichen einen großen Schritt voran: Bauen mit Holz, Brandschutz, die qualifizierte Eingangsbestätigung, oder die Verfahrensfreistellung von Kleinwindkraftanlagen. Dies alles sind Maßnahmen zur Nachhaltigkeit, zum Wohnungsbau und zur Entbürokratisierung“, beschreibt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Martin Bäumer die wesentlichen Punkte.

„NIEDERSÄCHSISCHE BAUORDNUNG IST NACHHALTIG UND FÜHRT ZU WEITERER ENTBÜROKRATISIERUNG“

„Die von den oppositionellen Grünen eingebrachten Änderungsvorschläge zur Novelle hätten allein schon aus verfahrenstechnischen Gründen dazu geführt, dass Gesetz wieder in den Ausschuss inklusive Anhörung zu verweisen. Inhaltlich geht es den Grünen um Pflichten und Streichungen, darum, den Menschen wieder einmal vorzuschreiben, wie sie zu leben haben. Das haben wir abgelehnt und setzen auf Anreize und Vernunft. Wir sind daher dankbar, dass der Niedersächsische Landtag der Novelle der Niedersächsischen Bauordnung zugestimmt hat.“



Martin Bäumer

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Ulf Thiele hat in einer aktuellen Stunde im Landtag den verfassungswidrigen Angriff des Umweltbundesamtes auf Millionen Pendler stark zurückgewiesen.

„ANGRIFF AUF DIE PENDLERPAUSCHALE STOPPEN, ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER ENTLASTEN“

In Niedersachsen pendeln nach seinen Angaben täglich mehr als 3,4 Millionen Menschen zur Arbeit. „Das sind die Krankenschwester, die zum Schichtdienst auf der Intensivstation fährt, die Gabelstaplerfahrerin, die zur Arbeit bei VW in Wolfsburg muss, der Altenpfleger, der morgens erst seine Kinder in der Schule bringt, um dann direkt ins Pflegeheim zu fahren. Diese Menschen pendelten nicht, weil sie gerne morgens um 5.30 Uhr aufstünden und sich durch den Berufsverkehr quälten. Sie pendelten, weil sie ihre Familien ernähren wollen. Sie halten unser Land am Laufen. Und dafür haben sie Unterstützung und Zuspruch verdient. Und sie haben es nicht verdient, dass man sie zu Klimasündern stempelt und sie finanziell für ihre Belastung noch bestraft“, so Thiele. „Vielmehr benötigen Sie ein klares Signal für eine von uns vorgeschlagene Erhöhung der Entfernungspauschale, damit Sie nicht die Verlierer der Energiepreisentwicklung werden.“



Ulf Thiele

KINDERSCHUTZ — WIR SCHAUEN HIN!

Wir ziehen an einem Strang gegen Missbrauch und Misshandlung

Die Kinderschutzpolitiker der Landtagsfraktionen von CDU und CSU haben sich Anfang November in Düsseldorf zu einer Klausurtagung getroffen, um über einen besseren Kinderschutz in ganz Deutschland zu beraten. Neben dem Austausch über bisherige politische Initiativen und Erfolge in den einzelnen Bundesländern wurde dabei auch über mögliche Maßnahmen für die Zukunft beraten, um Kinder über föderale Grenzen hinweg besser vor Misshandlung, Missbrauch und Verwahrlosung zu schützen. Dazu stand auch ein Besuch bei den Cyber-spezialisten des Landeskriminalamts NRW auf dem Programm, die in den großen Missbrauchskomplexen von Lügde, Münster und Bergisch Gladbach ermittelt haben.



Editha Westmann

„Die Missbrauchsfahnder des LKA in Düsseldorf haben uns eindrucksvoll und schonungslos vor Augen geführt, vor welchen Herausforderungen sie in ihrer täglichen Arbeit zum Schutz der Kinder vor sexueller Ausbeutung und schwersten Misshandlungen stehen. Sie haben uns selbst erleben lassen, welche Hölle die kleinsten und schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft mitunter erdulden – und wie unverschämt sicher sich die Täter fühlen, die sich an ihren unschuldigen Seelen vergehen“, erklärt die Sprecherin der CDU-Fraktion in der „Enquetekommission zur Verbesserung des Kinderschutzes und zur Verhinderung von Missbrauch und sexueller Gewalt an Kindern“ Editha Westmann.

Alle Kinderschutzpolitiker vor Ort haben sich unmissverständlich dazu bekannt: „Wir werden vor solchen Verbrechen in keinem deutschen Bundesland die Augen verschließen, sondern hinsehen und entschlossen handeln. Dafür stehen CDU und CSU: Wir werden jede politische Chance nutzen, um uns vor die Kinder und Jugendlichen zu stellen“, betont Westmann.

„Diesen politischen Willen haben wir in einer ‚Düsseldor-

fer Erklärung‘ und einem Positionspapier zum Thema Polizei und Strafverfolgung bekräftigt und zudem konkrete Handlungsansätze benannt. Wir wollen den Opferschutz für Kinder und Jugendliche im Strafverfahren stärken, eine flächendeckende Versorgung mit Kinderschutzambulanzen erreichen und den Kinderschutz viel stärker als bisher in der Fachkräfteausbildung verankern. In der digitalen Welt wollen wir Kinder besser vor Übergriffen schützen, indem wir anonyme Chats verhindern, die Kontrollmöglichkeiten der Eltern stärken und App-Schutzmechanismen für Minderjährige schaffen. Vor allem fordern wir auf Bundesebene, den Einsatz der Verkehrsdatenspeicherung für Verdachtsfälle auf sexuellen Missbrauch zu ermöglichen.“

Das Positionspapier finden Sie unter folgendem Link:
<https://bit.ly/3Fk045O>



KINDERSCHUTZ! WIR SCHAUEN HIN!

SEXUELLE GEWALT UND SEXUELLER MISSBRAUCH AN KINDERN NEHMEN IN EINEM SCHOCKIERENDEN AUSMASS ZU.

VIELE BETROFFENE STELLEN SICH DIE FRAGEN:

- Wer hilft mir in einer solchen Situation?
- Wo bekomme ich Aufklärung über präventive Maßnahmen?
- Wer berät mich im Verdachtsfall?
- Wo bekomme ich medizinische Hilfe?

SIE SIND BEI DIESEM THEMA NICHT ALLEINE!

Selbstverständlich stehen Ihnen auch die örtlichen Jugendämter und Beratungsstellen sowie die Polizei in akuten Fällen zur Verfügung.

WICHTIGE TELEFONNUMMERN UND MAILANSCHRIFTEN VON INSTITUTIONEN IM KINDERSCHUTZ:

Kinderschutzambulanz	0511/532 5533 rechtsmedizin.kinderschutz@mh-hannover.de www.mhh.de/kinderschutz
Kinderschutzbund Landesverband Niedersachsen	0511/44 40 75 info@dksb-nds.de www.dksb-nds.de/startseite
Kinderschutzallianz	0511/120 4780 info@kischaz.de www.kinderschutzallianz.org/kontakt
Kinderschutz in Niedersachsen	www.kinderschutz-niedersachsen.de (Informationsseite des Niedersächsischen Sozialministeriums)

DAS INTERNET SPIELT BEIM KINDESMISSBRAUCH EINE STETIG WACHSENDE ROLLE.

Täter nähern sich Mädchen und Jungen häufig unbemerkt über soziale Medien, erschleichen sich das Vertrauen der Kinder und missbrauchen sie auf schreckliche Weise.

Das Geschäft mit Missbrauchsabbildungen von Kindern auf einschlägigen Internet-Plattformen (Dark-Net) boomt. Hunderttausende Nutzer sind auf diesen Seiten unterwegs.

Den Ermittlungsbehörden liegt schon jetzt unvorstellbar viel Datenmaterial vor, so dass es selbst unter Zuhilfenahme von künstlicher Intelligenz Jahre dauert, dieses zu sichten und auszuwerten.

Den Flyer zum Thema Kinderschutz findet ihr auf unserer Webseite unter dem folgenden Link:

<https://bit.ly/322zGyR>
oder nutzt den QR-Code

VIELE TATEN BLEIBEN UNERKANNT ODER ÜBER LANGE ZEIT UNBEMERKT.

Es ist ausgesprochen wichtig, dass Erwachsene ihre Aufmerksamkeit für auffällige Verhaltensänderungen von Kindern wie Schlaflosigkeit, Einnässen, Überängstlichkeit, Verzögerungen in der Entwicklung, aber auch körperliche Verletzungen etc. schärfen und diesen durch die Einbeziehung von Fachpersonal auf den Grund gehen.

82 % der Betroffenen, vom Säuglings- bis zum Jugendalter, fallen Personen aus ihrem direkten familiären oder nahen Umfeld zum Opfer.

Dabei gehen die Täter ausgesprochen skrupellos vor und nutzen die kindliche Leichtgläubigkeit ihrer Opfer aus, um ihr schamloses Treiben zu vertuschen.



3 FRAGEN AN...

Sebastian Lechner, Landtagsabgeordneter und Mitglied der Datenschutzkommission

Die CDU setzt sich für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen ein. Straftäter nutzen zunehmend das Internet für ihre kriminellen Machenschaften. Warum ist die Bekämpfung der Cyberkriminalität so wichtig für unser Gemeinwesen?

Die Digitalisierung hat mittlerweile Einzug in unser gesamtes Leben erhalten. Viele bezahlen mit ihrem Smartphone. Banküberweisungen werden online getätigt. Auch die gesamte Verwaltung ist auf dem Weg ins digitale Zeitalter. Bürgerinnen und Bürger können zukünftig viel Dinge über das Internet erledigen, wie die Verlängerung des Personalausweises oder neue Kfz-Kennzeichen. Auch Versorgungsleistungen, wie die Wasser- oder Stromversorgung laufen mittlerweile digitalisiert. Diese Beispiele zeigen, dass wir permanent auf ein funktionsfähiges und sicheres Internet angewiesen sind. Straftäter, die gezielt das Internet ins Visier nehmen, können hier große Schäden verursachen.

Was hat die Landesregierung bisher getan, um speziell die Sicherheit der Behördennetze weiter zu verbessern und vor Cyberangriffen zu schützen?

Wir haben mit dem Nds. Gesetz über digitale Verwaltung und Informationssicherheit die Grundlagen für sichere Behördennetze beim Land geschaffen. Seitdem können Hackerangriffe noch besser frühzeitig erkannt und abgewehrt werden. Mit dem Nds. Computer Emergency Response Team (N-CERT) haben wir rund um die Uhr Fachleute, die Cyberangriffe wirksam bekämpfen und Schäden schnell beheben können. Niedersachsen ist bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität, wenn es um die öffentliche Infrastruktur geht, schon ganz gut aufgestellt. Wir müssen aber noch besser werden, denn Hackerangriffe nehmen zu, vor allem bei den Kommunen, die grundsätzlich für die Sicherheit ihrer IT-Systeme selbst verantwortlich sind. So hat die Schadsoftware Emotet die Stadtverwaltung Neustadt am Rübenberge mehrere Tage nahezu vollständig außer Gefecht gesetzt. Hier muss das Land die Kommunen sowohl bei der Abwehr von Angriffen als auch bei der Schadensbeseitigung zukünftig noch besser unterstützen.

Welche konkreten Maßnahmen sind in der Zukunft notwendig, um unsere digitale Infrastruktur besser vor Hackerangriffen abzusichern?

Wir brauchen das Zusammenwirken aller Akteure, sprich von Bund, Land und Kommunen. Hier muss eine bessere Vernetzung stattfinden. Gerade kleinere Kommunen müssen sich zusammenschließen, um die Cybersicherheit zu verbessern. Das Land muss die Kommunen hierbei finanziell und personell unterstützen. Und: Wir müssen mehr mit der Wirtschaft kooperieren. Dort gibt es genau dieselben Probleme und Lösungen, die wir nutzen sollten. Eigenentwicklungen im Bereich der Cybersicherheit kosten unnötig finanzielle und personelle Ressourcen. Ein weiteres Problem ist es, qualifiziertes Personal für den öffentlichen Dienst zu finden. Wir müssen hier innovativer sein. Das starre Beamtenrecht mit seiner festen Besoldungsstruktur ist hinderlich, um IT-Fachleute dauerhaft binden zu können. Über Zulagen und flexible neue IT-Laufbahnen könnten wir Bewegung ins Personalgeschäft bringen gut ausgebildetes Personal aus der Wirtschaft gewinnen und auf Dauer beschäftigen.

IMPRESSUM

Herausgeber:
CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de
Telefon (05 11) 3030-4119
bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:
Jens Nacke MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:
Sabine Busse
Johanna Wallbaum
Ralph Makolla
Doreen Helms
Jens Thurow

Die Fraktion auf Facebook & Instagram:
www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds
www.instagram.com/cdu.fraktion.nds

TERMINE

Fraktionssitzung: **30. November**
Fraktionssitzung: **07. Dezember**
Ehemaligenabend: **07. Dezember**
Landtagssitzung: **13. / 14. / 15. / 16. Dezember**

Bildnachweis:
Jens Nacke: Tobias Koch
Landtag: Focke Strangmann

Alle anderen Bilder pixabay.com, AdobeStock und CDU-Landtagsfraktion